

OBERSTAATSANWALTSCHAFT

1. Januar 2026

WEISUNG

Führung von Strafverfahren

Die Oberstaatsanwaltschaft erlässt zur Führung von Strafverfahren im Bestreben, eine einheitliche Praxis der Verfahrensführung zu erreichen, die nachfolgenden Weisungen zu straf- und strafprozessualen Fragen.

Grundlage der vorliegenden Weisung ist die Weisung betreffend die Zusammenarbeit zwischen der Staatsanwaltschaft, der Jugendanwaltschaft und der Kantons- und Regionalpolizei.

Formelles Straf- und Strafprozessrecht (StPO, EG StPO)

Art. 31 ff. StPO Abgrenzung der Zuständigkeit STA – JUGA

Die (Erst-)Zuständigkeit für neu zu eröffnende Strafverfahren bestimmt sich wie folgt:

- | | |
|--|---|
| - beschuldigte Person ist minderjährig | Jugendanwaltschaft |
| - beschuldigte Person ist volljährig | Staatsanwaltschaft |
| - beschuldigte Person ist unbekannt | Staatsanwaltschaft |
| - Alter der beschuldigten Person ist unbekannt | Staatsanwaltschaft oder
Jugendanwaltschaft, wenn aufgrund von objektiven
Hinweisen (Video, etc.), eindeutig von einer minderjährigen
beschuldigten Person auszugehen ist |

Ergibt sich im Verlauf des Verfahrens eine andere Zuständigkeit, ist unverzüglich mit der anderen Behörde Kontakt aufzunehmen.

Bei ausserkantonalen Gerichtsstandsverfahren, in welchen (auch) Jugendliche in der Zuständigkeit des Kantons Aargau betroffen sind, ist mit der JUGA AG Kontakt aufzunehmen und zuerst kantonsintern zu klären, wer (allenfalls für wen) zuständig ist und die entsprechende Gerichtsstandsanfrage beantwortet. Gelangen andere Kantone mit der Behauptung, eine bislang als jugendliche Person geführte Person sei volljährig an uns, ist die JUGA AG zu informieren und das Vorgehen abzusprechen. Eine Zuständigkeit der Erwachsenenstrafbehörde ist bei vom SEM als Minderjährige geführte Personen abzulehnen, bis ein Altersgutachten vorliegt oder vom Bund dessen Volljährigkeit klar bestimmt wird. Liegt ein Altersgutachten vor, das die Volljährigkeit bestätigt, gelten die Regeln von Art. 3 JStG. Bei Gerichtsstandsverfahren mit Jugendlichen (v.a. UMA's und Bewohner von Bundesasylzentren) ist zu berücksichtigen, dass die Zuständigkeit der Jugendanwaltschaften wechseln kann, weshalb umgehend mit der JUGA AG Kontakt aufzunehmen ist.

Art. 31 StPO Innerkantonale Zuständigkeiten der STA**1. Zuständigkeit für Strafverfahren****1.1. Verfahrensführung bei Unzuständigkeit**

Die Staatsanwaltschaft, die sich als unzuständig erachtet, bleibt für die Führung des Verfahrens bis zur Klärung der Zuständigkeit verantwortlich. Innerkantonale Gerichtsstands- oder Zuständigkeitsfragen werden analog dem interkantonalen Verfahren gelöst. Bei Uneinigkeit entscheidet die OSTA.

1.2. Staatsanwaltschaften für die Bezirke (BSTA)

Die BSTA sind zuständig für alle Strafverfahren in ihrer Region, sofern nicht eine andere Zuständigkeit nach dem Gesetz (§ 3 Abs. 3 EG StPO), dieser Weisung oder aufgrund einer Einzelanordnung der OSTA besteht.

1.3. Kantonale Staatsanwaltschaft (KSTA)

Die KSTA führt idR Strafverfahren zu den nachfolgenden Themen, sofern die Verfahren umfangreich sind oder für deren Bearbeitung das Spezialwissen der KSTA erforderlich ist:

- Immaterialgüterrecht
- Bundesgesetz über den unlauteren Wettbewerb
- Vermögensdelikte (Art. 138, 146, 152, 153, 157, 158, 314 StGB)
- Konkursdelikte (Art. 163 – 167, 170 StGB)
- Bestechung (Art. 322^{ter} – 322^{septies} StGB)
- Strafverfahren aus dem Finanzmarkt- und Fiskalrecht (alle)
- Computerdelikte (Art. 143, 143^{bis}, 144^{bis}, 147 StGB)
- Strafuntersuchungen im Bereich Cybercrime, unabhängig des Straftatbestandes, gemäss der aktuellen Richtlinie Kompetenzzentrum Cybercrime
- Menschenhandel
- Strafverfahren, die gemäss Art. 34 StPO zu übernehmen sind, sofern laufendes Verfahren
- Geldwäschereiverdachtsmeldungen (alle)

Die KSTA ist zentrale Empfängerin der Geldwäschereiverdachtsmeldungen. Sie entscheidet, ob sie ein allfälliges Verfahren selbst führt oder an die örtlich zuständige STA abtritt.

Bei einer möglichen Zuständigkeit der KSTA einigen sich die betroffenen Staatsanwaltschaften. Die Einigung gilt als Zuweisung. Kommt keine Einigung zustande, entscheidet die OSTA.

Auf Antrag können weitere Strafverfahren durch die OSTA der KSTA zugewiesen werden, insbesondere etwa Verfahren von grosser politischer Bedeutung, gegen hohe kantonale und kommunale Behördenmitglieder oder Verfahren mit grossem internationalem Bezug. Zudem kann die OSTA bestimmte Fallgruppen der KSTA zur Bearbeitung zuweisen.

Stellt die KSTA ausserhalb ihrer Kernzuständigkeit strafbare Handlungen fest, informiert sie die örtliche STA. Eröffnet die KSTA von sich aus ein Strafverfahren, so führt sie dieses selbst.

1.4. Oberstaatsanwaltschaft (OSTA)

Die OSTA verfügt über keine ordentlichen Untersuchungsressourcen.

Zwecks einheitlicher Handhabung übernimmt die OSTA folgende Strafverfahren:

- Strafverfahren mit Tatort und Erfolgsort im Ausland, unbekannter Täterschaft und ohne oder mit abgearbeiteten Ermittlungsansätzen
- Strafverfahren wegen Geschwindigkeitsüberschreitung im Rahmen von Dringlichkeitsfahrten von Lenkern von Polizei-, Feuerwehr- oder Sanitätsfahrzeugen, sofern die Anwendung von Art. 100 Ziff. 4 SVG in Frage steht und kein Unfall zu beurteilen ist.

Die OSTA übernimmt im Einzelfall zur Anklagevertretung weitere Verfahren.

1.5. Umteilung von Verfahren durch die OSTA

Die OSTA kann Strafverfahren auf Antrag oder von sich aus umteilen. Anträge auf Umteilung sind frühzeitig zu stellen. Eine Umteilung erfolgt nach Massgabe des Einzelfalls. Die Zuweisungen an die Staatsanwaltschaften erfolgen gleichmässig.

Umgeteilt werden in der Regel die folgenden Konstellationen:

- Strafverfahren, an denen Mitarbeitende oder ihre nahen Angehörigen der örtlich zuständigen Staatsanwaltschaft beteiligt sind.
- Strafverfahren gegen beschuldigte Polizisten/Polizistinnen, sofern diese in der Region der örtlich zuständigen Staatsanwaltschaft stationiert sind.
- Verfahren gegen beschuldigte Mitarbeitende von Gerichten mit Dienstort in der Region der örtlich zuständigen Staatsanwaltschaft.

Kein Grund zur Umteilung besteht in der Regel in folgenden Fällen:

- Strafverfahren gegen Polizisten/Polizistinnen, die Teil einer kantonsweit operierenden Einheit sind (MEPO, FOKUS, OMEK, etc.).
- Strafverfahren gegen noch unbekannte beschuldigte Polizisten/Polizistinnen, die in nicht ständigen Einheiten aktiv sind (ARGUS, OD, etc.). Eine Umteilung erfolgt später.
- Strafverfahren gegen angestellte Personen von Behörden und Gemeinden in der Zuständigkeitsregion der Staatsanwaltschaft.

2. Zuständigkeit Rechtshilfe

2.1. Innerkantonale Rechtshilfe

Innerkantonale Rechtshilfeersuchen sind zu unterlassen bzw. nur in Absprache mit der ersuchten STA zu stellen.

2.2. Interkantonale Rechtshilfe

Passive interkantonale Rechtshilfeersuchen sind durch die ersuchte Staatsanwaltschaft zu erledigen, sofern örtlich, sachlich oder aufgrund eines eigenen Strafverfahrens eine Zuständigkeit besteht. Interkantonale Rechtshilfeersuchen, die in die sachliche Zuständigkeit der Kantonalen Staatsanwaltschaft fallen oder bei dieser eingehen, können von ihr erledigt werden.

Für interkantonale Rechtshilfeersuchen sind die Empfehlungen der SSK zu beachten. Beharrt ein anderer Kanton trotz Rücksprache auf einem empfehlungswidrigen Ersuchen, ist das Ersuchen unter Information an die OSTA auszuführen.

2.3. Internationale Rechtshilfeersuchen

2.3.1. Aktive internationale Rechtshilfe

Die Stellung obliegt der Verfahrensleitung. Die KSTA berät auf Anfrage.

2.3.2. Internationale Zustellersuchen

Zustellersuchen sind möglichst durch die ersuchte Staatsanwaltschaft zu erledigen.

2.3.3. Passive internationale Rechtshilfe

Passive internationale Rechtshilfeersuchen werden durch die KSTA erledigt, es sei denn, das Ersuchen steht im Zusammenhang mit einem von einer STA geführten Strafverfahren.

2.3.4. Auslieferungsersuchen

Die KSTA ist zuständig für die Bearbeitung von Auslieferungsbegehren des Bundes, die an den Kanton Aargau gerichtet werden. Sie kann die Bearbeitung von Auslieferungsersuchen ganz oder teilweise an eine Staatsanwaltschaft delegieren, insbesondere in Pikettfällen (Staatsanwaltschaft am Haftort) oder wenn die andere Staatsanwaltschaft gegen die auszuliefernde Person ein eigenes Strafverfahren führt.

Art. 101 f. StPO Gewährung von Akteneinsicht**1. Zuständigkeit**

Die Verfahrensleitung ist zuständig für die Gewährung der Akteneinsicht.

Die Oberstaatsanwaltschaft ist zuständig für die Gewährung von Akteneinsicht aus wissenschaftlichem Interesse sowie an Medienschaffende und Dritte (inkl. Einsichtnahme in die Entscheide). Allfällige Anfragen sind weiterzuleiten.

2. Durchführung

Die Akteneinsicht wird im Grundsatz vor Ort gewährt und ist zu dokumentieren. Die Akteneinsicht soll soweit möglich und sinnvoll durch die kostenlose Zustellung von bis zu 30 Kopien oder elektronischen Daten ersetzt werden.

Die Originalakten werden nur an Behörden, Rechtsanwälte/-innen und allenfalls Versicherungen herausgegeben. Heikle beschlagnahmte Dateien (verbotene pornografische Dateien und Gewaltdarstellungen) und Originalunterlagen sind immer vor Ort einzusehen. Kopien beschlagnahmter Dateien und Unterlagen können herausgegeben werden (ausser verbotene pornografische Dateien und Gewaltdarstellungen).

3. Akteneinsicht**3.1. In hängige Verfahren**

Die Akteneinsicht in die Akten laufender Verfahren richtet sich grundsätzlich nach Art. 101 ff. StPO oder einer spezialgesetzlichen Grundlage. Das IDAG ist nicht anwendbar.

- Der Umfang des Akteneinsichtsrechts der Parteien umfasst die ganzen Verfahrensakten, Einschränkungen nach Massgabe von Art. 108 StPO sind möglich.
- Andere Verfahrensbeteiligte haben ein eingeschränktes Akteneinsichtsrecht, soweit sie in ihren Rechten unmittelbar betroffen sind.
- Bundesbehörden und kantonale Behörden haben Einsicht, sofern ihnen volle oder beschränkte Parteistellung eingeräumt wird.
- Andere Behörden haben ein Akteneinsichtsrecht, sofern sie dieses für Zivil-, Straf- oder Verwaltungsverfahren benötigen und keine überwiegenden öffentlichen oder privaten Interessen entgegenstehen.
- Sozialversicherungen haben ein beschränktes kostenloses Akteneinsichtsrecht im Einzelfall für diejenigen Daten, die für ihre Tätigkeit erforderlich sind.
- Privatversicherungen haben ein Akteneinsichtsrecht im Umfang des Akteneinsichtsrechts des versicherten Verfahrensbeteiligten, sofern sie über eine Vollmacht verfügen. Das Bestehen eines Versicherungsvertrags allein genügt nicht.
- Dritten kann nach einer Interessenabwägung sowie Gewährung des rechtlichen Gehörs an die betroffene Person Akteneinsicht gewährt werden, sofern keine überwiegenden privaten oder öffentlichen Interessen entgegenstehen.

3.2. In rechtskräftig abgeschlossene Verfahren

Die Einsicht in Akten rechtskräftig abgeschlossener Verfahren richtet sich nach dem IDAG oder einer allfälligen spezialgesetzlichen Grundlage.

Ehemaligen Parteien sowie Behörden ist idR Akteneinsicht wie im laufenden Verfahren zu gewähren. Alle übrigen Ersuchen sind an die OSTA weiterzuleiten.

3.3. Einsichtnahme in Entscheide der STA

Die Gewährung von Einsicht in Entscheide der Staatsanwaltschaft ist Sache der OSTA. Medienschaffenden wird monatlich in die rechtskräftigen Strafbefehle des Vormonats Einsicht gegeben. Die Einsichtsgabe in übrige Entscheide oder an Dritte erfolgt, sofern ein konkretes Interesse glaubhaft gemacht wird.

Art. 104 StPO Verfahrensbeteiligte Mitarbeitende von Bund, Kanton, Gemeinden

Sind Mitarbeitende von Bund, Kanton oder Gemeinden wegen ihrer amtlichen oder beruflichen Funktion oder ihrer Amtstätigkeit in Strafverfahren involviert, sind sie idR zu ihrem Schutz nur mit der Dienstadresse zu erfassen und die Zustellungen erfolgen an die Dienstadresse.

Art. 132 ff. StPO Amtliche Verteidigung**1. Zuständigkeit**

Die Anordnung einer amtlichen Verteidigung, deren Widerruf sowie die Honorarfestlegung ist Sache der Verfahrensleitung. Die Bezeichnung der amtlichen Verteidigung und der Entscheid über den Wechsel einer amtlichen Verteidigung ist Sache der Oberstaatsanwaltschaft.

2. Amtliche Verteidigung

Amtliche Verteidigungen werden grundsätzlich nur auf Gesuch der beschuldigten Person resp. ihrer Verteidigung hin durch die Verfahrensleitung angeordnet, sofern die Voraussetzungen dafür erfüllt sind. Die amtliche Verteidigung wird rückwirkend auf den Zeitpunkt des Gesuchs, bei Weiterführung einer vorläufigen amtlichen Verteidigung ab Ersteinsatz eingesetzt.

3. Notwendige Verteidigung

Die Verfahrensleitung hat jederzeit zu prüfen, ob ein Fall einer notwendigen Verteidigung vorliegt. Sie hat gegebenenfalls die notwendige Verteidigung sicherzustellen. Liegt ein Fall der notwendigen Verteidigung vor, ist die beschuldigte Person umgehend aufzufordern, einen Anwalt/eine Anwältin als amtliche Verteidigung bekanntzugeben, ansonsten dieser durch die OSTA bestimmt wird.

4. Vorläufige amtliche Verteidigung / Anwalt/Anwältin der 1. Stunde

Liegt bei Anlaufen eines Verfahrens ein Fall der notwendigen Verteidigung vor oder verlangt eine beschuldigte Person eine Verteidigung, so sorgt die Verfahrensleitung für die Verteidigung. Äussert die beschuldigte Person keinen Wunsch oder ist die gewünschte Person nicht abkömmlich, ist eine Person aus dem aktuellen Anwaltspikett als vorläufige amtliche Verteidigung zu bestellen.

Die vorläufige amtliche Verteidigung gilt bis nach den ersten unaufschiebbaren Einvernahmen, bei Haftanträgen bis nach dem Entscheid des ZMG. Anschliessend ist unverzüglich zu entscheiden, ob und wie die vorläufige amtliche Verteidigung weiterzuführen ist. Die Kosten der vorläufigen amtlichen Verteidigung werden auf den Fall genommen und im Endentscheid verlegt.

5. Bestellung der amtlichen Verteidigung**5.1. Erstmalige Bestellung**

Wird die amtlichen Verteidigung angeordnet, beantragt die Verfahrensleitung bei der OSTA die Bezeichnung der amtlichen Verteidigung. Sie holt dazu den Wunsch der beschuldigten Person ein. Dabei gilt, sofern die Vertretungsübernahme zugesagt ist:

- wünscht die beschuldigte Person eine bestimmte anwaltliche Verteidigung wird diese idR bestellt.
- äussert die beschuldigte Person keinen Wunsch, wird idR die bereits eingesetzte vorläufige amtliche Verteidigung bestellt.
- äussert die beschuldigte Person keinen Wunsch und besteht keine vorläufige amtliche Verteidigung, wird idR eine Person aus dem aktuellen Anwaltspikett bestellt.

5.2. Wechsel der amtlichen Verteidigung

Die Verfahrensleitung stellt ein bei ihr eingehendes Gesuch um Wechsel der amtlichen Verteidigung zusammen mit ihrer Stellungnahme und einer Stellungnahme der bisherigen amtlichen Verteidigung der OSTA zum Entscheid zu.

6. Widerruf einer amtlichen Verteidigung

Die Verfahrensleitung hat jederzeit zu prüfen, ob die Voraussetzungen einer amtlichen Verteidigung noch vorliegen. Ist dies nicht mehr der Fall, ist sie aufzuheben.

7. Festlegung des Honorars

Die Verfahrensleitung legt bei Beendigung eines amtlichen Mandats das Honorar unverzüglich fest.

8. Entschädigung des Anwaltspraktikanten/-in

Hat zulässigerweise anstelle der amtlichen Verteidigung ein/e Anwaltspraktikant/-in eine Verteidigungshandlung vorgenommen, ist der Entschädigungssatz auf CHF 150.00/h zu reduzieren.

Art. 135 Abs. 2 StPO Amtliche Verteidigung Akontozahlung

Die Beurteilung von Gesuchen um Akontozahlung obliegt der Verfahrensleitung.

Akontozahlungen werden nur auf Gesuch hin gewährt. Aus dem Gesuch soll der aufgelaufene Aufwand seit Mandatsbeginn sowie die bereits gewährten Akontozahlungen hervorgehen sowie die nötigen Beilagen enthalten.

Gesuche um Akontozahlungen sind im beantragten Umfang durch die Verfahrensleitung zu bewilligen, wenn sie den nachfolgenden Regeln entsprechen und weder offensichtlich überhöht sind noch nicht abgedeckten Aufwand enthalten.

- **Akontoberechtigte Mandate**

Akontozahlungen werden für die amtliche Verteidigung gewährt. Die den Opfern bewilligten unentgeltlichen Rechtspflegemandate sind gleichgestellt.

- **Akontoberechtigte Leistungen**

Akontozahlungen werden für folgende bereits erbrachten Leistungen gewährt

- die Leistungen der amtlichen Verteidigung, exklusiv übliche Spesen und Auslagen
- für von der amtlichen Verteidigung vorgeschossene Kosten für Übersetzungen, sofern der Beizug einer Übersetzung für eine wirksame Verteidigung aufgrund der Sprachsituation unerlässlich ist und die Übersetzung bezahlt wurde

- **Mindestbetrag**

Akontozahlungen werden ausgerichtet, wenn das Gesuch mindestens CHF 4'000.00 (exkl. MWST) umfasst.

- **Zeitliches**

Das erste Gesuch um Akontozahlungen kann frühestens nach 2 Monaten seit Einsetzung gestellt werden. Weitere Gesuche können frühestens nach jeweils 6 Monaten gestellt werden. Die Anzahl der Gesuche ist auf 2 Gesuche pro Jahr und Mandat beschränkt. Ein Gesuch bei der Staatsanwaltschaft kann letztmals bei Mitteilung des Verfahrensabschlusses gemäss Art. 318 StPO gestellt werden.

Art. 224 ff. StPO Untersuchungshaft Kosten eines externen Vollzugs

Muss eine angeordnete Untersuchungshaft ausserhalb der Infrastruktur des AJV vollzogen werden oder sind zwingende und unaufschiebbare Behandlungen erforderlich, ist die Verfahrensleitung für die Anordnung allfälliger Sicherungsmassnahmen sowie für allfällige einverlangte Kostengutsprachen zuständig. Eine AJV-externe Unterbringung sowie allfällige Sicherungsmassnahmen sind auf das notwendige Mass und die notwendige Dauer zu beschränken.

Art. 235 StPO Untersuchungshaft Vollzug

Der Vollzug der Untersuchungshaft richtet sich ohne anderweitige Anordnung der Verfahrensleitung nach der Hausordnung der Haftanstalt.

Die Verfahrensleitung regelt die ihr obliegenden Aspekte unter Berücksichtigung dessen, dass die Freiheit nur so weit erforderlich eingeschränkt werden darf, nach Massgabe des Einzelfalls.

- **Briefkontrolle:** Die Briefkontrolle ist auf das für die Erreichung des Haftzwecks erforderliche Mass zu beschränken. Übermässiger Briefverkehr ist zu unterbinden, wobei idR 50 Seiten/Woche in einer der Staatsanwaltschaft verständlichen Sprachen und 20 Seiten/Woche in einer nicht verständlichen Sprache nicht als übermässig gelten.
- **Besuche:** Besuche von Untersuchungsgefangenen sind bewilligungspflichtig. Sie sind von der besuchenden Person rechtzeitig vor dem gewünschten Besuchstermin zu beantragen. Die Verfahrensleitung erteilt die Besuchsbewilligungen und regelt die notwendigen Modalitäten.
 - Dauerbesuchsbewilligungen werden für die Verteidigung ausgestellt.
 - Dauerbewilligungen können für die engsten Angehörigen nach Wegfall der Kollusionsgefahr ausgestellt werden.
 - Die Besuche finden idR mit Trennscheibe statt.
 - Die Besuchsdauer beträgt idR max. 1 Stunde ohne und ½ Stunde mit Überwachung.
 - Besuche werden idR höchstens 1 x wöchentlich bewilligt.

Art. 253 StPO Aussergewöhnlicher Todesfall**1. Teilnahme Legalinspektion**

Die Staatsanwaltschaft muss gemäss § 2 der Verordnung über die Legalinspektion an einer Legalinspektion nicht teilnehmen, sondern wird mündlich informiert. Sie nimmt idR bei Unfallereignissen mit Todesopfern oder bei bereits vorhandenem Verdacht auf eine strafbare Handlung teil. Sie muss auf Ersuchen des IRM oder der Polizei teilnehmen.

2. Todesfallmeldung an das Zivilstandsamt**2.1. Bei bekannten Toten**

Die Staatsanwaltschaft meldet den Todesfall eines bekannten Toten innert 2 Tagen an das Zivilstandsamt.

2.2. Bei unbekannten Toten

Die Staatsanwaltschaft macht eine Vormeldung betreffend den Todesfall eines unbekannten oder noch nicht identifizierten Leichnams innert 2 Tagen an das Zivilstandsamt ohne Todesbescheinigung. Nach der Identifikation des Leichnams meldet die Staatsanwaltschaft den Todesfall unter Beilage des Todesscheins dem Zivilstandsamt.

Art. 263 StPO Beschlagnahme und Vernichtung/Verwertung**1. Polizeiliche Sicherstellungen**

Die Staatsanwaltschaft übernimmt nur Gegenstände und Vermögenswerte von der Polizei, die im Rahmen eines Strafverfahrens beschlagnahmt werden sollen oder bereits beschlagnahmt sind.

Die Rückgabe von nur polizeilich sichergestellten Gegenständen erfolgt durch die Behörde, bei der sich der Gegenstand im Zeitpunkt der Rückgabe befindet.

2. Beschlagnahme

Es sind ausschliesslich Gegenstände und Vermögenswerte zu beschlagnahmen, die für das Strafverfahren als Beweismittel oder zur Einziehung benötigt werden oder an die geschädigte Person retourniert werden können. Zwecks Sicherung von Strafen und Kosten sind nur Gegenstände und Vermögenswerte zu beschlagnahmen, die im Fall einer späteren Verwertung noch werthaltig sind.

Bei Bargeldbeträgen sind nur Noten der Währungen CHF, EUR und US-\$ zu beschlagnahmen. Andere Fremdwährungen sind nicht zu beschlagnahmen. Münzen sind nur in der Währung CHF zu beschlagnahmen.

Die sachgemässe Aufbewahrung von beschlagnahmten Gegenständen und Vermögenswerten ist Sache der Verfahrensleitung. Bargeld ist idR bei der Staatsbuchhaltung zu deponieren, Waffen und Betäubungsmittel werden den entsprechenden Fachstellen der Kapo übergeben. Die Verfahrensleitung regelt gegebenenfalls die Modalitäten und Kosten einer nötigen externen Aufbewahrung vor der Auftragserteilung. Verursacht die Aufbewahrung Kosten oder unterliegt die Sache einem Wertverlust oder ist sie verderblich, so ist die vorzeitige Verwertung oder Vernichtung zu prüfen und anzuordnen.

Beschlagnahmte Gegenstände und Vermögenswerte sind unter Angabe des Aufbewahrungsorts in der Geschäftskontrolle und den Verfahrensakten zu erfassen.

Beschlagnahmte Gegenstände und Werte sind freizugeben, sobald sie nicht mehr benötigt werden. Der berechtigten Person ist eine angemessene Abholfrist anzusetzen und für den Fall der Nichtabholung die Vernichtung, evtl. bei offensichtlicher Werthaltigkeit die Verwertung nach Ablauf der Abholfrist anzudrohen.

3. Verwertung und Vernichtung

Die Anordnung der, allenfalls vorzeitigen, Verwertung und Vernichtung obliegt der Verfahrensleitung. Angesichts des oft unklaren Verwertungserlöses und der Verwertungskosten sind idR beide Varianten anzuordnen, damit bei Vollzug die wirtschaftlich richtige Wahl getroffen werden kann.

Einzuziehende Datenspeicher sind grundsätzlich zu vernichten. Wird ausnahmsweise eine Rückgabe nach Datenlöschung vorgesehen, muss die Rückgabe von der Kostenübernahme durch die berechnigte Person abhängig gemacht werden.

Die Verwertung/Vernichtung ist Sache der Oberstaatsanwaltschaft, weshalb nach Rechtskraft des Entscheides die zu verwertenden/vernichtenden Sachen der Oberstaatsanwaltschaft zu übergeben sind. Die Vernichtung offensichtlich wertloser Sachen, die mit den Möglichkeiten vor Ort sicher erfolgen können, erfolgt durch die verfahrensführende Staatsanwaltschaft. Die Vernichtung von Betäubungsmitteln und die Vernichtung bzw. Verwertung von Waffen erfolgen durch die Fachstellen der Kantonspolizei auf Auftrag der Verfahrensleitung.

Allfällige Vernichtungskosten werden den Untersuchungskosten belastet. Die allfälligen Verwertungskosten werden vom Verwertungserlös abgezogen. Mit einem Nettoerlös wird gemäss Entscheid verfahren.

Art. 303a StPO Sicherheitsleistung bei Ehrverletzungsdelikten

Die Sicherheitsleistung umfasst maximal die Kosten und Entschädigungen. Ordnet die Verfahrensleitung eine Sicherheitsleistung an, gilt folgendes:

- Sie beträgt idR mindestens CHF 400.00 und idR höchstens CHF 800.00 pro beanzeigte Person.
- Die Zahlungsfrist ist auf 20 Tage seit Zustellung anzusetzen und kann erstreckt werden.
- Die Anordnung der Sicherheitsleistung erfolgt eingeschrieben an die im Strafantrag genannte Adresse. Bei Nichtabholung gelten die üblichen Regeln, eine Zweitzustellung erfolgt nicht.

Auf eine Sicherheitsleistung ist zu verzichten, wenn die strafantragstellende Person ein Ehrverletzungsdelikt zur Anzeige bringt, das ihm gegenüber im Rahmen seiner Tätigkeit in und für die Öffentlichkeit begangen worden sein soll (z.B. Behördenmitglieder, Kantons- und Gemeindeangestellte, Polizisten/Polizistinnen, Personal Notfalldienste, etc.)

Ehrverletzungsdelikte gegen Buschauffeure/innen, Kontrollpersonal öV, etc. sind Officialdelikte (Art. 59 PBG), eine Sicherheitsleistung ist nicht möglich.

Art. 422 ff. StPO Kostendepot

Die Polizei wird ermächtigt, bei Straftaten von durchreisenden Personen ohne Wohnsitz in der Schweiz ohne Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft ein Bussen- und Kostendepot zu erheben.

Die Höhe eines Bussen- und Kostendepots beträgt idR das 1½- bis 2fache der Busse gemäss den Strafmassempfehlungen, mindestens aber CHF 500.00 und höchstens CHF 3'000.00.

Die erhobenen Bussen- und Kostendepots sind unverzüglich, spätestens jedoch mit Übermittlung der Akten, unter Angabe des Namens der beschuldigten Person, auf das Konto der zuständigen Staatsanwaltschaft zu überweisen.

Art. 422 ff. StPO Verfahrenskosten im Strafverfahren

1. Strafbefehlsverfahren § 21 Abs. 4 Gebührendekret

Wird eine Strafbefehl erlassen, so ist nebst den Untersuchungskosten und Auslagen eine Strafbefehlsgebühr von CHF 200.00 bis CHF 10'000.00 zu erheben, die den Aufwand des Vorverfahrens (STA und Polizei) abdeckt. Bei der Bemessung der Strafbefehlsgebühr, die maximal kostendeckend sein darf, wird der Aufwand und die Bedeutung des Falles berücksichtigt. Die Festsetzung der Strafbefehlsgebühr obliegt der Verfahrensleitung.

Zwecks einheitlicher Handhabung und in Anbetracht, dass in jedem Fall ein Grundaufwand anfällt, gelten folgende Minimalgebühren:

Bussenstrafbefehle	Strafbefehlsgebühr
nicht bezahlte Ordnungsbussen bis CHF 100.00	CHF 200.00
Busse von CHF 1.00 bis CHF 199.00	CHF 300.00
Busse von CHF 200.00 bis CHF 399.00	CHF 400.00
Busse von CHF 400.00 bis CHF 899.00	CHF 500.00
Busse von CHF 900.00 bis CHF 1399.00	CHF 600.00
Busse ab CHF 1400.00	CHF 700.00
Strafbefehle mit Geldstrafe	
1 bis 19 Tagesätze	CHF 600.00
20 bis 59 Tagesätze	CHF 800.00
60 bis 89 Tagesätze	CHF 900.00
90 bis 119 Tagesätze	CHF 1000.00
120 bis 159 Tagesätze	CHF 1200.00
160 bis 180 Tagesätze	CHF 1400.00

Strafbefehle mit Freiheitsstrafe	Strafbefehlsgebühr bedingter Vollzug	Strafbefehlsgebühr unbedingter Vollzug
1 bis 19 Tage Freiheitsstrafe	CHF 600.00	CHF 800.00
20 bis 59 Tage Freiheitsstrafe	CHF 800.00	CHF 1000.00
60 bis 89 Tage Freiheitsstrafe	CHF 900.00	CHF 1100.00
90 bis 119 Tage Freiheitsstrafe	CHF 1000.00	CHF 1200.00
120 bis 159 Tage Freiheitsstrafe	CHF 1200.00	CHF 1400.00
160 bis 180 Tage Freiheitsstrafe	CHF 1400.00	CHF 1600.00

Die Minimalgebühr ist bei erhöhtem Aufwand im Einzelfall zu erhöhen. Eine Erhöhung ist insbesondere vorzunehmen, wenn

- mehrere, voneinander unabhängige, Sachverhalte zu beurteilen sind,
- die beschuldigte Person Vorladungen unentschuldigt nicht gefolgt ist,
- elektronische Daten forensisch ausgewertet werden mussten,
- Zeugen oder Auskunftspersonen formell befragt wurden,
- Zwangsmassnahmen angeordnet und durchgeführt wurden.

Nebst der Strafbefehlsgebühr sind der beschuldigten Person im Strafbefehl die Untersuchungskosten und Auslagen im effektiven Wert zu verrechnen.

Auf die Strafbefehlsgebühr kann verzichtet werden, wenn die beschuldigte Person den Nicht-Zugang der Ordnungsbusse glaubhaft macht oder wenn eine Ordnungsbusse erstmalig mit Strafbefehl ausgefällt wird.

2. Widerrufsverfahren

Ist im Rahmen eines Strafbefehlsverfahrens ein Nichtbewährungsfall zu beurteilen, so ist die minimale Strafbefehlsgebühr um CHF 100.00 pro Widerruf zu erhöhen. Ist ein Widerruf selbständig zu beurteilen, so ist eine Strafbefehlsgebühr von einem Drittel der minimalen Strafbefehlsgebühr, die für das widerrufende Strafmass gilt, minimal CHF 200.00, zu erheben.

3. Gesamtstrafe

Ist im Rahmen eines Strafbefehlsverfahrens eine Gesamtstrafe zu bilden, ist eine minimale Strafbefehlsgebühr zwischen derjenigen für die Einsatzstrafe und derjenigen für die Gesamtstrafe zu erheben.

4. Einziehungsverfahren

Ist im Rahmen eines Strafbefehlsverfahrens eine Einziehung vorzunehmen, so ist die minimale Strafbefehlsgebühr um CHF 100.00 zu erhöhen. Wird eine Einziehung in einem selbständigen Verfahren vorgenommen, ist eine Strafbefehlsgebühr nach Massgabe des Aufwandes, minimal aber CHF 300.00, zu erheben.

5. Einstellung und Nichtanhandnahme § 21 Abs. 3 Gebührendekret

Kostenpflichtigen beschuldigten Personen, privatklagenden oder antragstellenden Personen kann die Staatsanwaltschaft mit dem Erlass einer Einstellungs- oder Nichtanhandnahmeverfügung eine Gebühr von CHF 200.00 bis CHF 10'000.00 auferlegen. Bei Nichtanhandnahme- oder Einstellungsverfügungen werden die Verfahrenskosten idR auf die Staatskasse genommen. Wird einer beteiligten Person eine Gebühr auferlegt, so ist diese nach Massgabe des Aufwandes festzusetzen.

6. Akteneinsicht § 17 Gebührenverordnung

Die Staatsanwaltschaft erhebt für die Akteneinsicht durch Dritte eine Gebühr nach Aufwand.

Gebühr	Aufwand	Anwendungsfall
CHF 100.00	Unter 1 Stunde	Zustellung der Originalakten; Akteneinsicht vor Ort
CHF 200.00	Über 1 Stunde	Zustellung von wenigen Kopien (Entscheid, Polizeirapport, etc.) in Papier oder als elektronische Datei
Verzicht	<p>Auf eine Akteneinsichtsgebühr wird idR in folgenden Fällen verzichtet:</p> <ul style="list-style-type: none"> - von (ehemaligen) Parteien nach rechtskräftiger Erledigung des Verfahrens - von Amtsstellen (Amts- und Rechtshilfe ist kostenlos) - von Rechtsschutzversicherungen, die anstelle einer Verteidigung handeln - bei wissenschaftlichen Zwecken - für die Einsichtnahme der Öffentlichkeit/der Medien in Entscheide der Staatsanwaltschaft 	

7. Anklagegebühr § 22 lit. j Gebührdekret

Wird eine Anklage erhoben, so ist eine Anklagegebühr von CHF 300.00 bis CHF 15'000.00 beim Gericht zu beantragen. Die Anklagegebühr deckt den Aufwand des Vorverfahrens ab. Diese wird wie folgt bemessen:

7.1. Überweisung eines Strafbefehls zur gerichtlichen Beurteilung

Es ist eine Anklagegebühr in Höhe der Strafbefehlsgebühr zu beantragen. Ist nach der Einsprache erheblicher und zusätzlicher Aufwand angefallen, so ist die Gebühr zu erhöhen.

7.2. Anklage

Die Bemessung der Anklagegebühr richtet sich dem Aktenumfang, der rechtlichen Schwierigkeit, der Bedeutung des Verfahrens und des staatsanwaltschaftlichen Aufwandes nach Anklageerhebung. Ein Richtwert für die zu beantragende Anklagegebühr ergibt sich aus dem Formular "Anklagegebühr". Der Wert kann um max. 25 % gesenkt und um maximal 40 % erhöht werden, um dem Aufwand im konkreten Einzelfall gerecht zu werden.

Im Fall einer Zusatzanklage ist eine angemessene Erhöhung der in der Hauptanklage beantragten Anklagegebühr oder eine Gesamtanklagegebühr zu beantragen.

§ 4 EG StPO Meldepflicht der Verfahrensleitung an die OSTA und die Medienstelle

Die Verfahrensleitung informiert das Pikett der Oberstaatsanwaltschaft sachgerecht in geeigneter Form, spätestens am nächsten Arbeitstag, über die folgenden neu eröffneten Strafverfahren und Vorkommnisse. Zweck der Meldung ist es, der Oberstaatsanwaltschaft eine frühzeitige Einschätzung und Koordination der internen und externen Kommunikation bei potenziell medienrelevanten Fällen zu ermöglichen. Meldepflichtig sind insbesondere:

- vorsätzliche Tötungsdelikte
- Geiselnahmen und Freiheitsberaubungen, sofern sich das Opfer in der Gewalt der beschuldigten Person befindet
- grössere Ausschreitungen
- Ereignisse mit erheblichen Auswirkungen auf das öffentliche Leben
- der Gebrauch von Schusswaffen im Dienst durch bewaffnete amtstragende Personen
- Verkehrsunfälle von Blaulichtfahrzeugen im Einsatz mit erheblichen Personenschäden
- Verfahren mit erheblichem wirtschaftlichem Schaden oder aussergewöhnlicher Dimension
- gesellschaftlich oder politisch besonders relevante Verfahren
- Verfahren mit juristisch besonderer Tragweite oder mit Grundsatzcharakter

- Strafverfahren gegen Amtsträger/-innen sowie gegen Personen im öffentlichen Dienst, insbesondere in den Bereichen Justiz, Straf- oder Massnahmenvollzug, Bildung, Gesundheitswesen oder soziale Betreuung, sofern der Tatvorwurf geeignet ist, das Vertrauen in die betreffende Institution oder die Integrität ihrer Tätigkeit zu beeinträchtigen

Ausgenommen sind Bagatelverfahren, insbesondere geringfügige SVG-Delikte, sowie rein private oder alltägliche Delikte ohne erkennbare öffentliche Relevanz.

Ergibt sich im weiteren Verlauf eines Verfahrens, dass ein Strafverfahren oder ein Vorkommnis aus Sicht der Verfahrensleitung ein mögliches Medien- oder Öffentlichkeitsinteresse begründen könnte, **soll eine Meldung an das Pikett der Oberstaatsanwaltschaft erfolgen**. Dies setzt keine laufende oder systematische Einschätzungspflicht voraus, sondern erfolgt nach pflichtgemäßem Ermessen der Verfahrensleitung.

Die Meldung erfolgt an die zentrale Adresse medien.staatsanwaltschaft@ag.ch, wodurch sowohl die Oberstaatsanwaltschaft als auch die Medienstelle gleichzeitig informiert werden.

Art. 74 StPO und Art. 211 StPO: Besteht bei einem der vorstehend genannten Verfahren überwiegendes öffentliches Interesse und wird der Untersuchungszweck durch eine Veröffentlichung nicht beeinträchtigt, kann die Verfahrensleitung in Absprache mit der Medienstelle eine Information der Öffentlichkeit veranlassen.

Kommt ein solches Verfahren in die Nähe eines Endentscheids (Einstellung, Nichtanhandnahme, Sistierung, Anklage oder Strafbefehl), informiert die Verfahrensleitung die OSTA sowie die Medienstelle über die genannte Adresse bei Parteimitteilung bzw. 2 Wochen vor Erlass des Endentscheids. Die Information erfolgt stichwortartig, damit rechtzeitig über eine allfällige notwendige Medienmitteilung entschieden werden kann.

§ 24 Abs. 6 EG StPO Zustellung Anklageschriften an das MIKA

Alle Anklagen sowie die Strafbefehle, die nach Einsprache an das Gericht überwiesen werden, und in denen Ausländerinnen und Ausländer als beschuldigte Personen bezeichnet sind, sind zum Zeitpunkt gemäss § 24 Abs. 6 EG StPO der Anklageerhebung bzw. der Überweisung dem Amt für Migration und Integration Kanton Aargau (MIKA) zuzustellen.

Materielles Strafrecht (StGB, übrige Gesetze Bund, Kanton)

Empfehlung zur Strafzumessung

Bei der Strafzumessung im Einzelfall sind die Empfehlungen zur Strafzumessung zu beachten.

Art. 55a StGB Häusliche Gewalt Lernprogramm

Bei Strafverfahren wegen häuslicher Gewalt ist bei Vorliegen eines Vergehens (einfache Körperverletzung, Drohung, Nötigung) die Anordnung eines Lernprogramms bzw. einer Gewaltberatung zu prüfen und bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen, der Geeignetheit und nach Absprache mit der Anlaufstelle häusliche Gewalt idR während der Sistierung oder im Entscheid anzuordnen bzw. als Ersatzmassnahme anstelle einer Untersuchungshaft zu beantragen.

In begründeten Einzelfällen soll ein Lernprogramm bzw. eine Gewaltberatung auch beim Vorliegen von wiederholten Tötlichkeiten i.S.v. Art. 126 Abs. 2 lit b-c StGB während einer Sistierung angeordnet werden.

Art. 66a und Art. 66a^{bis} StGB Landesverweisung**1. Obligatorische Landesverweisung**

Die Fälle der obligatorischen Landesverweisung werden angeklagt. Die Annahme eines Härtefalles obliegt dem Gericht. Zudem ist die Befragung zur Person zu erweitern und es sind die Akten des Migrationsamtes beizuziehen.

2. Fakultative Landesverweisung

Eine fakultative Landesverweisung ist nach Massgabe des Einzelfalls zu beantragen. Sie ist idR zu beantragen, wenn eine teil- oder unbedingte Strafe oder eine Strafe über 18 Monaten beantragt wird.

Art. 94 Abs. 2 StGB Delikte gegen die sexuelle Integrität Lernprogramm

Bei Strafverfahren gegen die sexuelle Integrität ist die Anordnung eines Lernprogramms zu prüfen. Erscheint ein Lernprogramm nach Absprache mit den Programmanbietern im Einzelfall geeignet und ist eine vollständige Absolvierung zu erwarten, soll dieses als Weisung im Endentscheid angeordnet werden oder bei Anklage beantragt werden.

Art. 181a StGB Zwangsheirat

Bei Verdacht auf Zwangsheiraten ist die Staatsanwaltschaft Strafverfolgungsbehörde und zivilrechtliche Klägerin (§ 12 EG ZGB). Das Strafverfahren wird durch die zuständige Staatsanwaltschaft, das Zivilverfahren durch die Oberstaatsanwaltschaft geführt. Die Verfahren sind zu koordinieren.

Art. 182 StGB Menschenhandel Non-Punishment-Prinzip

Menschenhandel ist ein Delikt, in dessen Zusammenhang sich die Opfer oft selbst strafbar machen. Gemäss Art. 26 des Übereinkommens zur Bekämpfung des Menschenhandels des Europarats sind "in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ihres Rechtssystems [...] Opfer für ihre Beteiligung an rechtswidrigen Handlungen insoweit nicht zu bestrafen, als sie dazu gezwungen wurden." Die Verpflichtung wird wie folgt umgesetzt:

- Opfer von Menschenhandel sind für ihre Straftaten, die sie im Zusammenhang mit ihrer Eigenschaft als Opfer begehen, soweit möglich, von einer Strafe zu befreien.
- Aus den Anzeigerapport bezüglich Delikte der Opfer soll hervorgehen, dass es sich um jemanden handelt, der als Opfer von Menschenhandel identifiziert wurde.
- Das Strafverfahren gegen ein Opfer wird idR nicht sistiert, um den Ausgang des Verfahrens gegen den Menschenhändler bzw. die Menschenhändlerin abzuwarten, sondern die Strafbefreiung ist, je nach Verfahrensstand, mit Nichtanhandnahme oder Einstellung rasch vorzunehmen.

Art. 198 Abs. 2 StGB Sexuelle Belästigung Lernprogramm

Bei Strafverfahren wegen sexueller Belästigung ist die Anordnung eines Lernprogramms zu prüfen. Es soll bei Geeignetheit nach Absprache mit den Programmanbietern angeordnet werden, sofern eine vollständige Absolvierung zu erwarten ist. Bei Einstellung des Strafverfahrens nach Absolvierung sind idR die Verfahrenskosten auf die Staatskasse zu nehmen und die Programmkosten der beschuldigten Person aufzuerlegen.

Art. 4 Strafregistergesetz Eintragung von Strafbefehlen

Die Koordinationsstelle VOSTRA (KOST) ist zuständig für die Eintragung der eintragungspflichtigen Strafbefehle der Staatsanwaltschaft. Die eintragungspflichtigen und mit dem Eröffnungsdatum versehenen Strafbefehle sind unverzüglich nach Rechtskraft der KOST zuzustellen.

§ 5 Hundegesetz Zuständigkeit

Ist ausschliesslich ein Verstoß gegen § 19 Abs. 1 HuG (i.V.m. §§ 5 Abs. 1, 6, 7 Abs. 1 und 2, 16 Abs. 1 HuG) zu beurteilen, so obliegt die Strafverfolgung dem örtlich zuständigen Gemeinderat, an den die Akten zur Übernahme und Behandlung zuzustellen sind (Entscheid BG Lenzburg vom 8. Mai 2024). Gelangen die Bestimmungen über gefährliche Hunde (§ 19 Abs. 1 i.V.m. § 10 Abs. 1 und 2, 14 Abs. 1, 20 Abs. 1 HuG) oder Bestimmungen des StGB, des TschG, des TSG, des JSG/AJSG/AJSV etc. zur Anwendung, obliegt die Strafverfolgung der örtlich zuständigen Staatsanwaltschaft.

Abschluss

Inkraftsetzung / Aktualisierung / Gültige Version

Die Weisung ist gültig ab 1. Januar 2026. Sie ersetzt alle bisherigen Weisungen zu strafprozessualen und strafrechtlichen Fragen. Sie wird jeweils auf das Quartalsende überprüft und gegebenenfalls aktualisiert. Die Weisung wird publiziert.

Änderungsprotokoll

Das Änderungsprotokoll enthält die wesentlichen materiellen Änderungen. Blosser redaktionelle Änderungen sowie Nachführung von Gesetzänderungen werden nicht aufgenommen.

Version vom	Betroffene Bestimmung	Vorgenommene Änderung
1.8.2024	---	Neufassung und Aufhebung der bisherigen Weisungen zu straf- und strafprozessualen Fragen.
1.7.2025	Art. 101 StPO, Ziff. 2 und Ziff. 3.1	Anpassung Akteneinsicht
	Art. 253 StPO, Ziff. 2	Anpassung Todesfallmeldung
	Art. 66a (bis) StGB,	Streichung von Ziff. 3
	§ 5 HuG	Anpassung Zuständigkeit
1.1.2026	§ 4 EG StPO	Ergänzung medienträchtige Fälle

Philipp Umbricht
Leitender Oberstaatsanwalt